Informationen nach Art. 13 f. Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur Verarbeitung

personenbezogener Daten durch die Prüfungsstelle der Wirtschaftlichkeitsprüfung im

Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben

I. Allgemeines

Die Prüfungsstelle der Wirtschaftlichkeitsprüfung (im Folgenden: die Verantwortliche) verarbeitet zur

Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten personenbezogene Daten. Dazu gehören Daten, die Sie uns zur

Verfügung stellen oder die wir von Dritten über Sie erhalten. Um Sie über die Datenverarbeitung und

Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten nach Art. 13, 14 DS-GVO nachzukommen,

informieren wir Sie über folgende Inhalte:

II. Kontakt

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die

Prüfungsstelle der Wirtschaftlichkeitsprüfung

Fallstraße 34

81369 München

Telefon: +89 72401 281

Fax: +89 72401 282

Email: pruefungsstelle-zahnaerzte(at)kzvb.de

Sollten Sie der Auffassung sein, dass eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die

Verantwortliche gegen datenschutzrechtliche Vorgaben verstößt, können Sie sich an den

Datenschutzbeauftragten der Verantwortlichen wenden:

Datenschutzbeauftragter

Prüfungsstelle der Wirtschaftlichkeitsprüfung

Fallstraße 34

Email: datenschutz(at)kzvb.de

Telefon: +49 89 72 401 211

Fax: +49 89 72 401 252

III. Zweck der Verarbeitungstätigkeit

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Erfüllung der sich aus den §§ 106 bis 106c des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), im Besonderen der Prüfvereinbarung nach § 106 Abs. 1

S. 2 SGB V ergebenden Aufgaben der Verantwortlichen.

IV. Kategorien der personenbezogenen Daten

Für die o. g. Zwecke werden, soweit erforderlich, folgende Datenkategorien verarbeitet:

- Personenstammdaten (Vor- und Nachname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse usw.)
- Abrechnungs-, Leistungs- und Verordnungsdaten
- Gesundheitsdaten

Von unseren Zahnärztinnen und Zahnärzten:

- Qualifikationsmerkmale (z. B. Approbation u. ä. Qualifikationen, Fachzahnarztanerkennung, Genehmigungen)
- Bankverbindung
- Steuerdaten

V. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitungstätigkeit

Die vorgenannten Verarbeitungstätigkeiten erfolgen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c, 9 Abs. 2 lit. h DS-GVO i. V. m. §§ 106 bis 106c des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), im Besonderen der Prüfvereinbarung nach § 106 Abs. 1 S. 2 SGB V zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen.

VI. Empfänger von personenbezogenen Daten

Soweit gesetzlich vorgeschrieben übermittelt die Verantwortliche Ihre personenbezogenen Daten an andere öffentliche Stellen zur Erfüllung deren gesetzlicher Aufgaben. Die Übermittlung erfolgt u. a. an die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Kassenzahnärztliche Vereinigungen, Krankenkassen, andere Prüfungsstellen, Zulassungsausschüsse, Zahnärztekammern, Approbationsbehörden, andere Sozialleistungsträger, Gerichte und Behörden, soweit sie zu deren Aufgabenerfüllung zwingend notwendig ist.

Sollte eine Übermittlung an einen Empfänger innerhalb einer der genannten Kategorien erfolgen, so werden Sie über den Empfänger informiert, wenn nicht eine der Ausnahmen nach § 82 Abs. 1, 2 SGB X oder die Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 4 DS-GVO vorliegt.

VII. Quellen bei Dritterhebung

Die bei der Verantwortlichen verarbeiteten personenbezogenen Daten stammen insbesondere von:

- Zahnärztinnen/Zahnärzten
- Krankenkassen und sonstigen Kostenträgern
- Kassenzahnärztlichen Vereinigungen
- Zahnärztekammern
- Anderen Prüfungsstellen und Zulassungsausschüssen

Anderen Behörden

VIII. Speicherdauer und Speicherfristen

Für die personenbezogenen Daten gibt es unterschiedliche gesetzlich normierte Aufbewahrungsfristen (u. a. § 304 Abs. 1 Nr. 1 SGB V: zehn Jahre). Entfällt der Verarbeitungszweck, werden die betreffenden personenbezogenen Daten gelöscht.

IX. Rechte der betroffenen Person

Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, können Sie folgende Rechte ausüben:

Auskunftsrecht der betroffenen Person, Art. 15 DS-GVO i. V. m. § 83 SGB X

Sie haben das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob die Verantwortliche personenbezogene Daten verarbeitet, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie das Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere Informationen, z. B. die Verarbeitungszwecke, die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden, die Empfänger, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, die geplante Dauer der Speicherung bzw. die Kriterien für die Festlegung der Dauer, das Bestehen eines Rechts auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten, das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde und den Erhalt aller verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei der Verantwortlichen erhoben wurden.

Die Verantwortliche stellt eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, her.

Recht auf Berichtigung und Vervollständigung, Art. 16 DS-GVO i. V. m. § 84 SGB X

Sie haben das Recht, unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung, Art. 17 DS-GVO i. V. m. § 84 SGB X

Sie haben das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten, soweit die Verarbeitung nicht erforderlich ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Ihre Daten für die ursprünglichen Zwecke nicht mehr notwendig sind, Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen oder die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DS-GVO i. V. m. § 84 SGB X

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird und dieses Bestreiten einen Zeitraum erfasst, der es möglich macht, die Richtigkeit zu überprüfen, wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Einschränkung der Nutzung der Löschung vorziehen, wenn die Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe der Verantwortlichen gegenüber denen Ihrer Person überwiegen.

Wurde die Verarbeitung personenbezogener Daten eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wenn Sie die eine Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten erwirkt haben, werden Sie von der Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DS-GVO

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.

Bei der Ausübung Ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit gemäß Absatz 1 haben Sie das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von der Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.

Die Ausübung dieses Rechts lässt Art. 17 DS-GVO unberührt. Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der Verantwortlichen übertragen wurde. Gleichermaßen darf dieses Recht die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen

X. Beschwerde bei der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde

Sie können jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde einlegen, wenn Sie z.B. der Meinung sind, dass die Datenverarbeitung nicht im Einklang mit datenschutzrechtlichen Vorschriften steht.

Dies ist für die Verantwortliche:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD) Wagmüllerstraße 18 80538 München

Telefon: +49 89 212 672 0 Fax: +49 89 212 672 50

Website: <u>www.datenschutz-bayern.de</u>